Nummer 155 — Halle, Donnerstag, den 5. Juli 1923 — 58. Jahrgang
Einzelpreis: 500,00 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ✦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 14000.00 Mark, durch die Post frei ins Haus zugestellt 16000.00 Mark, in unseren Ausgabestellen abgeholt 13500.00 Mark monatlich. Die zeitungspaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr 600.00 Mark, im auswärtigen Verkehr 800.00 Mark. Reklamen die Millimeter-Zeile 3000.00 Mark im Ortsverkehr und 3500.00 Mark im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags

Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 1. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Die Zentrale verbindet mit allen Abteilungen. Stadt-Gesprächsstelle: Markt 24. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Konto: Landbank Reinhold Stadtmüller, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Beachten Sie
das Inserat der Firma Paul Theurinx
in der heutigen Nummer auf Seite

Der päpstliche Vermittler in Berlin.

Curzon vor dem Kabinettsrat / Die Londoner Aussprache / Vielsagendes Schweigen / Kein Abreißen der Verhandlungen / Milliarden-Buße für Duisburg

Pessimismus in London.

(Eigene Drahtmeldung.)

Paris, 5. Juli.

In der Londoner Presse und in den der Regierung nahestehenden politischen Kreisen macht sich ein starker Pessimismus geltend. Es wird nicht verheimlicht, daß die Ansichten Englands und Frankreichs sich scharf gegenüberstehen. Dem Londoner Berichterstatter des „Petit Parisien" zufolge liegt der Gegensatz der beiden Auffassungen vor allem in der Frage, welche Form die Ruhrbesetzung annehmen würde, wenn der passive Widerstand bei neuen Verhandlungen eingestellt würde. Auf englischer Seite scheint man zu erwarten, daß in diesem Falle unverzüglich die Truppen zurückgezogen und nur die alliierten Ingenieure vorläufig auf ihrem Posten belassen würden. Auf französischer Seite macht man dagegen geltend, daß die Entscheidung darüber vom Verhalten der Bevölkerung abhängig gemacht werde. (!) Eine weitere Frage ist die nach der Gesamtdauer der Besetzung. Frankreich und Belgien haben dazu erklärt, daß sie die Besetzung nur nach Maßgabe der eingehenden Zahlungen aufheben würden. England steht dagegen auf dem Standpunkt, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands durch die Besetzung so bedeutend eingeschränkt sei, daß bei einem umgekehrten Verfahren Aussicht auf eine Regelung der Reparationsfrage vorhanden wäre. In den Kreisen der englischen Regierung wurde gestern abend betont, daß eine neue Unterredung mit dem französischen Botschafter nicht vereinbart worden sei. Der italienische Botschafter hat in seinem gestrigen Besuch Lord Curzon im Sinne der letzten Ausführungen Mussolinis den Standpunkt Italiens auseinandergesetzt.

*

London, 4. Juli. Eine Reuter-Note betont die Notwendigkeit der Geheimhaltung der Ministerratsbeschlüsse mit folgender Begründung: Wenn eine Lage so delikat sei wie die gegenwärtige, wo offenbare Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten beständen, könne ein Hervorheben dieser Meinungsverschiedenheit nur Schaden anrichten. Es werde erklärt, daß die Geheimhaltung niemals wünschenswerter wäre als heute. Es sei zwecklos, die Tatsache zu verheimlichen, daß die Lage schwierig sei und daß die gegenwärtige Besprechung eine entscheidende Bedeutung für die englisch-französischen Beziehungen habe.

Ergebnislose Verhandlungen.

London, 5. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Im Ministerrat, der am Mittwoch in Downing Street abgehalten wurde, unterrichtete Lord Curzon seine Kollegen über die Besprechungen, die er am Dienstag mit dem belgischen und französischen Botschafter hatte. In offiziellen Kreisen hält man mit Mitteilungen über Diskussionen, die sich an den Bericht Lord Curzons anschlossen, sehr zurück. Man erklärt, daß kein Beschluß gefaßt worden sei und daß die Besprechungen Lord Curzons mit den Botschaftern keinen endgültigen Charakter gehabt haben. Lord Curzon empfing am Mittwoch nachmittag den italienischen Botschafter.

*

London, 5. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der politische Redakteur der offiziellen „Pall Mall Gazette" führt aus, daß die Lage durch die Unterredungen zwischen dem französischen Botschafter und Lord Curzon nicht gebessert worden sei. Der offizielle Optimismus englischer Regierungskreise sei fast vollständig geschwunden. Der Abstand, der jetzt die französische und die englische Politik trenne, sei fast unüberbrückbar. Baldwin und Lord Curzon seien entschlossen, die Einigkeit mit Frankreich und Belgien aufrechtzuerhalten. In gut unterrichteten Kreisen erklärt man aber, daß die Regierung sich von dem Wunsche der öffentlichen Meinung Rechenschaft ablege, eine klare und deutliche Erklärung über die Reparationspolitik zu verlangen, ob nun diese Politik von Frankreich unterstützt werde oder nicht. „Evening Standard" schreibt, daß man in offiziellen Kreisen dem Eintritt Mac Kennas in das Kabinett große internationale Bedeutung beimesse, da der frühere Schatzkanzler der Verfasser eines Planes sei, der gestatte, mit Deutschland getrennt zu unterhandeln, im Falle mit Frankreich und Belgien keine Einigung erzielt werden könnte. Der Korrespondent des „Temps" in Brüssel meldet, daß die belgische Regierung auf Grund der Besprechungen des belgischen Botschafters in London mit Lord Curzon auf ihren Plan verzichtet habe, die Einberufung einer internationalen Konferenz vorzuschlagen. Tatsächlich habe sie diesen Plan einen Augenblick lang gehabt.

Keine Verurteilung des passiven Widerstandes.

Rom, 4. Juli. (Eig. Drahtmeld.) Die Agentur Volta veröffentlicht folgende Erklärung zu dem bereits bekannten Telegramm des Kardinalstaatssekretärs Gaspari an den Münchener Nuntius Pacelli: Es wäre ein Irrtum, wenn man die Monsignore Pacelli übermittelten Instruktionen so auslegen wollte, als enthielten sie eine Verurteilung des passiven Widerstandes überhaupt. Der Papst hat nicht beabsichtigt, sich darüber zu äußern, genau so wenig, wie er mit dem Brief an Gasparri beabsichtigte, die Besetzung der Ruhr zu verurteilen und die Franzosen zum Rückzug der Truppen aufzufordern. Mit beiden Dokumenten hat der Papst vielmehr die Völker ermuntern wollen, einen Weg der Verständigung zu suchen. Das Telegramm an Pacelli bezog sich ausschließlich auf solche Handlungen, die bereits von der deutschen Regierung als verbrecherisch bezeichnet worden sind.

Rom, 4. Juli. (Eig. Drahtmeld.) Infolge des Papstbriefes und des Telegramms des Kardinalstaatssekretärs an den Nuntius in München hat sich der deutsche Botschafter beim Heiligen Stuhl zum Vatikan begeben und ist vom Papst empfangen worden. Er legte ihm die Haltung seiner Regierung zur Ruhrfrage dar und wies darauf hin, daß sie den blutigen Gewalttaten fernstehe, zu denen die Bevölkerung der besetzten Gebiete in der Verzweiflung über das Gewaltregime getrieben werde. Die deutsche Regierung könne meistens nicht einmal den Umfang und den Charakter der blutigen Zwischenfälle im besetzten Gebiet genau feststellen lassen, da sie von dessen Verwaltung ganz ausgeschlossen sei. Der deutsche Vertreter hat den Papst auch um Aufklärung ersucht, ob das Telegramm an den Nuntius das Bedauern des Heiligen Stuhles über den passiven Widerstand ausdrückte, den die Ruhrbevölkerung der französischen Regierung entgegensetze, oder ob es sich nur auf die Verurteilung der Ausschreitungen einzelner beziehe, wie seine Regierung nach dem Wortlaut annehme. Diese Auslegung wird nun durch eine Mitteilung aus dem Vatikan bestätigt.

*

Berliner Besprechungen.

Berlin, 5. Juli. (Eigene Drahtmeld.) Im Laufe des gestrigen Tages fand noch eine weitere Besprechung zwischen dem Reichskanzler Dr. Cuno und dem Nuntius Pacelli statt. Der Vertreter des Heiligen Vaters gab dem Wunsche des päpstlichen Stuhles Ausdruck, daß die Regierung sich gegen Sabotageakte wenden möchte. Die Reichsregierung ist um so eher in der Lage, diesem Wunsche stattzugeben, als gerade der Reichskanzler zu wiederholten Malen sich gegen Sabotageakte ausgesprochen hat. Heute wird eine neue Besprechung zwischen Dr. Cuno und dem päpstlichen Gesandten stattfinden. Es ist damit zu rechnen, daß die Regierung sich wahrscheinlich noch heute abend in einer offiziellen Veröffentlichung durch die Presse gegen Sabotageakte wenden wird. Gleichzeitig werden auch die rheinischen Abgeordneten, voraussichtlich mit Ausnahme der Deutschnationalen, eine ähnliche Erklärung abgeben.

*

Der Reichskanzler machte gestern die Führer der Fraktionen auf die außenpolitischen Folgen aufmerksam. Heute wird in einer Sitzung darüber entschieden werden, ob auch die sozialdemokratische Fraktion sich die Ansicht ihrer Führer, die der Meinung des Reichskanzlers sich nicht verschlossen haben, zu eigen macht. In den Besprechungen war vom Abg. Dr. Stresemann der Vorschlag gemacht worden, den Reichskanzler oder Reichsaußenminister über die mit Pacelli verhandelten Fragen in einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses sprechen zu lassen. Dieser Vorschlag wurde von der Regierung aus inner- und außenpolitischen Rücksichten abgelehnt. Auch wünscht die Regierung keine großangelegte innenpolitische Aussprache, die sich heute oder morgen im Reichstage bei der Erörterung der Steuerfragen entspinnen könnte.

Eine neue Abrüstungskonferenz?

London, 5. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Meldung aus Tokio sandte die japanische Regierung ihren Marineattaché in London und Washington Instruktionen, um die Meinung der englischen und der amerikanischen Regierung mit Bezug auf die Einberufung einer Flottenabrüstungskonferenz zwischen Japan, Amerika und England zu erfahren. An dieser Konferenz würden Frankreich und Italien nicht teilnehmen.

Danziger Fragen in Genf.

Genf, 5. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Entsprechend der vorgestrigen Einladung des Völkerbundsrates sind gestern bereits die Mitglieder der Regierungskommission des Saargebietes in Genf eingetroffen. Auf dem Programm der gestrigen Tagung des Völkerbundsrates standen eine Reihe Danziger Fragen. Berichterstatter war der spanische Delegierte. Die Beschlußfassung über die beiden wichtigsten Fragen, diejenige der Beziehungen zwischen Danzig und Polen und diejenige der Kompetenz des Völkerbundskommissars wurde verschoben. Der Völkerbundsrat beschäftigte sich ferner mit der schlechten Finanzlage Danzigs. Es soll nochmals an die Botschafterkonferenz herangetreten werden, damit der Stadt Danzig die Aufnahme einer Anleihe von 500 Millionen Goldmark ermöglicht werde. Die Frage der Auslegung des Artikels 4 des Minderheitenschutzvertrages, welcher die deutschen Ansiedler in Polen angeht, soll in den nächsten Tagen gleichzeitig mit der Beschlußfassung über die beiden anderen Danzig-polnischen Fragen entschieden werden.

*

Danzig, 4. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In der Nacht vom 1. zum 2. Juli wurden Danziger Staatsbürger beim Ueberschreiten der danzig-polnischen Grenze von den polnischen Stellen nicht in Danziger Gebiet gelassen. Die nach den zwischen Danzig und Polen getroffenen Abmachungen für die Ein- und Ausreise von Danzigern in und aus Polen gültigen Personalausweise wurden nicht mehr als geltend angesehen. Polnischerseits bezeichnet man diese Bestimmungen als eine Vergeltungsmaßnahme gegenüber der Behandlung polnischer Staatsangehöriger im Gebiete der freien Stadt Danzig. Der Danziger Senat wird den Schutz des Völkerbundes in dieser Angelegenheit anrufen.

Die Teuerung im Juni. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) stellt sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts im Durchschnitt des Monats Juni auf 7680 (1914/14 = 1) gegenüber 3816 im Mai. Die Steigerung gegenüber dem Vormonat beträgt somit 100.5 v. H.

Das Saarproblem.

Unter der „Verwaltung" des Völkerbundes.

In Genf wird wieder einmal über das Saarproblem verhandelt. Wieder ist es der französische Imperialismus, der dies Problem geschaffen hat. Wie im Ruhrgebiet, wie im Rheinland und in Oberschlesien versucht es dieser gleich verbrecherische und habgierige Imperialismus, die industriellen Hochburgen von Deutschland zu lösen. Das Echo de Paris, das es ja wissen muß, teilt die Leitsätze mit, die Poincare dem französischen Vertreter Hanotaux für die Verhandlungen in Genf mit auf den Weg gegeben hat. Hanotaux soll sich jeder Untersuchung widersetzen, wofür die faule Ausrede gebraucht wird, daß sie das Ansehen der Saarregierung schädige. Nun besitzt die Saarregierung nirgendwo ein Ansehen, am wenigsten im Saargebiet, wo die Tyrannei des Herrn B. Rault teils verachtet, teils verhaßt ist. Auch im Ausland ist es mehr als trübe um dies Ansehen bestellt, besonders seit der berüchtigten Notverordnung vom März 1923, die nichts anderes ist als der niederträchtige Versuch, die Saarbevölkerung geistig und seelisch abzuwürgen. Heute widersetzt sich Frankreich jeder Untersuchung der Vorgänge im Saargebiet, weil es dies Gebiet schon als erobertes Land betrachtet. Als im Mai 1919 die deutschen Friedensunterhändler die Bestimmungen des Versailler Vertrages über das Saargebiet beanstandeten, da war es Clemenceau, der das im Namen der Verbündeten stets zurückwies. Die Bestimmungen seien deshalb getroffen, um die Freiheit der Saarbevölkerung (!) in jeder Hinsicht zu sichern. Wie diese Sicherheit beschaffen ist, das zeigt die Notverordnung, das zeigen die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, die das Saargebiet aus der gegebenen und gewachsenen Wirtschaftseinheit Deutschland herausreißen sollen.

In Genf hat Robert Cecil eine Rede gehalten, die in der Sache nichts anderes ist, als eine begründete Anklage gegen die Mißregierung im Saargebiet. Was Rault auf Pariser Weisung tut oder läßt, das ist in jedem Fall der glatte Bruch des Versailler Vertrages. Dieser Vertrag sagt nichts darüber, daß die Saarbevölkerung geknechtet und zur Verzweiflung getrieben werden soll. Das Saargebiet ist dem Völkerbund als Treuhänder überantwortet worden. Bisher hat der Völkerbundsrat diese Pflicht gröblich vernachlässigt. Allerdings haben die Schweizer, die Schweden und die Holländer von Zeit zu Zeit den Rat auf die vertragswidrige Entwicklung im Saargebiet aufmerksam gemacht. Im Mai hat der Schwede Branting die Aufhebung der Notverordnung verlangt, ohne damit durchzudringen. Diese Notverordnung ist das Werk Raults, der den Auftrag hat, die Saarbevölkerung zu verwelschen. Es wurde ein Notstand behauptet, weil die Bevölkerung ihre Rechte und Freiheiten nicht preisgeben will. Rault hat offenbar schon lange entdeckt, daß die Aussichten Frankreichs, die Bevölkerung zu gewinnen, mehr als gering sind. Poincare hat seiner Zeit von 150 000 Saarfranzosen gesprochen. Sie sind eine Erfindung, da es im Saargebiet nur solche Franzosen oder französisch Gesinnte gibt, die seit dem Waffenstillstand zugereist sind. Also die französischen Beamten und Soldaten, sowie einige unzweifelhafte Abenteurer, die der französische Franken angelockt hat. Der Versailler Vertrag sieht vor, daß im Jahre 1924 eine Abstimmung darüber erfolgen soll, ob die Bevölkerung bei Deutschland verbleiben oder zu Frankreich will. Daß sie gegen Frankreich ausfällt ist sicher, denn die Saarbevölkerung ist in ihrem Denken und Fühlen kerndeutsch. Aber der Versailler Vertrag bestimmt auch, daß die Verwaltung des Saargebiets im Namen und Auftrag des Völkerbundes erfolgen soll. Ueber diese Bestimmung hat sich Frankreich schon vor vier Jahren hinweggesetzt, als es sich einfach der Regierung des Landes bemächtigte. Ein Franzose hätte niemals an die Spitze der Regierung treten dürfen, weil der Verdacht ohne weiteres gegeben war und ist, daß er seine Vollmachten dazu mißbrauchen würde, um für Frankreich zu werben. Das hat Rault auch getan, ohne daß der Völkerbund ihn zur Ordnung gerufen hat.

Der Vertrag von Versailles sieht weiter vor, daß eine örtliche Polizeitruppe geschaffen werden soll. Hierfür sind kaum zweihundert Mann erforderlich. Nichts destoweniger hat Rault diese nicht geschaffen, um dafür französische Truppen im Lande zu halten, deren Anwesenheit vertrags- und rechtswidrig ist. Frankreich hat nur einen Rechtstitel im Saargebiet, der ihm allerdings auch nur auf Grund des Versailler Vertrages verliehen worden ist. Dieser Rechtstitel ist die Ausbeutung der Saargruben auf neunzig Jahre. Und gerade damit hat Frankreich wenig oder nichts anfangen können. Es hat für die Saarkohlen, die es immerhin in Form der Arbeitslöhne bezahlen muß, keine rechte Verwendung, da ihm ja die Zwangskohlen aus dem Ruhrgebiet zuflossen. Die Folge war, daß es die Ausbeutung der Saargruben vernachlässigte, wobei die Bergarbeiter die Leidtragenden waren, denen der Schichtlohn immer weiter herabgedrückt wurde. Das war die Ursache des großen Streiks, der im Februar begann und der damit endete, daß die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230705013/fragment/page=0001

französische Regierung den Schichtlohn hinaufsetzen mußte. Es war eine französische Lüge, daß Deutschland diesen Streik angezettelt hatte, um Frankreich wegen des Ruhreinbruchs Schwierigkeiten zu machen. Wird der Völkerbundsrat nun endlich eingreifen? Robert Cecil hat Verletzungen des Versailler Vertrages feststellen müssen, wozu auch die Aufzwingung der Frankenwährung gehört. Sie geschah nicht deshalb, um sichere Geldverhältnisse zu schaffen, sondern um die Wirtschaft des Saargebietes in Abhängigkeit von Frankreich zu bringen. Deutschland kann und darf dieser Entwicklung nicht ruhig zusehen. Der Völkerbund hat bisher jeden deutschen Einspruch abgewiesen, obschon nicht nur Einsprüche der deutschen Regierung vorlagen, sondern auch Massenbeschwerden der gewaltigen Bevölkerung des Saargebietes. Es ist nicht wahr, daß sie sich unter der halsstarrigen und kurzsichtigen Dyrannei des Herrn Rault wohl und zufrieden fühlt. Wäre es so, dann hätte Herr Rault ja nicht die Notverordnung zu erlassen brauchen, die nichts mit der Wahrung und Sicherung der Freiheiten und Rechte der Bevölkerung zu tun hat. Diese Notverordnung ist unter Mißachtung des Völkerbundsrates von Rault erlassen worden, der dabei Pariser Weisungen gehorchte, wie im Falle der Aufzwingung der Frankenwährung.

*

Genf, 4. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Die in der gestrigen Nachmittagssitzung des Völkerbundes angenommene Resolution über die Ausführungen des englischen Antrags lautet folgendermaßen: „Der Völkerbundsrat, der den Antrag Großbritanniens, die kürzlich im Saargebiet eingetretenen Ereignisse einer Prüfung zu unterwerfen, beraten hat, beschließt, um allen Mißverständnissen und Diskussionen, die darüber entstanden sind, ein Ende zu bereiten, selbst im Laufe der gegenwärtigen Session diese Prüfung vorzunehmen. Er beauftragt das Sekretariat des Bundes, unverzüglich die Mitglieder der Regierungskommission einzuladen, sich nach Genf zum Völkerbundsrat zu begeben und alle notwendigen Dokumente mitzubringen."

Eine Saarinterpellation.

Berlin, 5. Juli. (Eig. Drahtmeld.) Demokratische Abgeordnete haben im Reichstag eine Interpellation wegen der Verhältnisse im Saargebiet eingebracht. Darin wird ausgeführt, daß die Bestimmungen des Versailler Friedens und des Saarstatuts hinsichtlich des Schutzes der deutschen Bevölkerung völlig in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Aus der Leidenschronik von Ruhr und Rhein.

Mißhandlungen durch Polizei. Auf den belgischen Kontrollstationen wurden zahlreiche Zivilisten verhaftet und mißhandelt, wie überhaupt aus dem belgisch besetzten Gebiet diese Meldungen über Mißhandlungen, namentlich von Bergarbeitern, wenn sie zu hjw. von den Arbeitsstellen gingen, vorliegen.

Neue drückende Verkehrssperre in Gladbeck. Ohne daß vorher irgendeine Ankündigung erfolgt wäre, verhängten die Belgier plötzlich gestern gegen 5 Uhr nachmittags eine scharfe neue Verkehrssperre über Gladbeck. Belgische Soldaten durchzogen die Stadt, schlossen Wirtschaften und andere öffentliche Lokale. Die Straßenbahn Gladbeck–Sterkrade–Horst wurde stillgelegt und durfte nicht einmal ihre Wagen einfahren. Nach einem Gerücht soll der belgische Ortskommandant auf der Straße angerempelt worden sein, die genauen Gründe für die neue Sperre sind jedoch nicht zu ermitteln.

Die Rohstoffversorgung der Ruhrindustrie. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung" berichtet, daß die Erzvorräte auf den Werken und Hütten so groß seien, daß sie für mehrere Monate ausreichen. Seit kurzem hätten die schwedischen Lieferanten einen Vertreter am Dortmund-Ems-Kanal stationiert, der die Durchführung der schwedischen Lieferungen auf dem Kanal regeln wird.

Ein unangenehmer Mahner. Das Kriegsgericht verurteilte den Kaufmann Opp aus Bochum zu einem Jahr Gefängnis und einer halben Million Geldstrafe. Opp hatte vor einigen Wochen den bekannten Zwischenfall hervorgerufen, in dem er in Anwesenheit französischer Offiziere in das Theater hineinrief: Denkt an Schlageter und an die Eisenbahner.

Der Straßenbahnverkehr verboten.

Hamm, 5. Juli. (Eig. Drahtmeld.) Da die von den Franzosen im besetzten Gebiet in Betrieb genommenen Eisenbahnen sehr wenig benutzt werden, hat der kommandierende General Degoutte die bereits angedrohte einstweilige Verfügung über die Einschränkung des Straßenbahnverkehrs erlassen. Der „Verordnung" des kommandierenden Generals über die Verkehrsbeschränkungen ist noch das Verbot des gesamten Personenverkehrs auf dem Wasserwege innerhalb des Gebietes des Brückenkopfes Duisburg hinzugefügt worden.

*

Münster, 5. Juli. (Eig. Drahtmeld.) Von der englischen Besatzung wird auf die französischen Kontrollstellen dahin gewirkt, daß Personen mit dem englischen Paßvisum, die Reise aus dem englisch besetzten ins französisch besetzte Gebiet gestattet wird. Zahlreiche Personen haben heute bereits mit dem englischen Visum die Sperrlinie passieren können. Der Güter- und Lebensmittelverkehr ist auf den Kontrollstellen und im Sperrgebiet noch regelmäßig. Von heute ab wurde auch den Bergarbeitern die Ein- und Ausreise über die Grenze zur Erreichung ihrer Arbeitsstellen verboten.

Schwere Sanktionen für Duisburg.

(Eigene Drahtmeldung.)

Paris, 5. Juli.

Nach einer Havasmeldung aus Aachen ist wegen der Duisburger Explosion im Einvernehmen mit dem belgischen Kriegsminister die Stadt Duisburg mit einer Geldbuße von 30 Milliarden Mark belegt worden. Da nach belgischer Behauptung in der Nacht zum Dienstag belgische Soldaten angeschossen worden seien, ist von heute ab jeder Verkehr bereits von 8 Uhr abends ab bis 5 Uhr früh gesperrt. Ferner ist außer dem Auto- und Motorradverkehr auch der Verkehr auf Fahrrädern verboten worden. Dieses Verbot erstreckt sich auf den ganzen Brückenkopf Duisburg einschließlich Mülheim-Speldorf und Mülheim-Broich.

*

Nach einer andern Havas-Meldung aus Duisburg sind in der Nacht zum 3. Juli drei Personen verhaftet worden, die für die Explosion auf der Hochfelder Brücke verantwortlich gemacht werden. — Die in Duisburg verhafteten 20 Geiseln sind im Landgerichtsgefängnis interniert. Jeder Versuch, ihre Lage zu verbessern, sie mit Nahrungsmitteln zu versorgen, wurde zurückgewiesen. Die Angehörigen erhalten keinen Zutritt zu ihnen. — In den letzten Tagen wurden auf den belgischen Kontrollstationen zahlreiche gutgekleidete Zivilpersonen verhaftet und mißhandelt. Aus dem belgisch besetzten Gebiet liegen Meldungen über vielfache Mißhandlungen von Bergarbeitern vor, die sich auf offener Straße abspielten, als die Arbeiter zu ihren Arbeitsstätten gingen bzw. von dort zurückkehrten. Beim Ueberschreiten der Grenze in der Nähe von Derne-Lanstrup wurde ein dreizehnjähriger Schüler erschossen.

Poincare appelliert an Amerika.

Der Meister im Umlügen.

(Eigene Drahtmeldung.)

Paris, 4. Juli. Am Nationalfeiertag der Amerikaner wurde ein Denkmal für die amerikanischen Kriegsfreiwilligen enthüllt. Poincaré betonte in seiner Rede, daß die Errichtung des Monuments keinen offiziellen Charakter trage. Trotzdem wolle er die Erinnerung an jene ersten amerikanischen Kriegsfreiwilligen feiern, die nicht so lange geschwankt hätten, wie die Regierungen(!), sondern sofort zur Stelle waren, um für Frankreich zu kämpfen. Die Menschheit werde die Erinnerung an den letzten Krieg nicht so leicht verlieren und nicht zugeben, daß Deutschland jetzt versuche, den Sieg in sein Gegenteil umzukehren. Wenn Frankreich auch heute keine Kriegsfreiwilligen mehr brauche, so brauche es doch Völker für den Frieden und Friedens-Freiwillige (!), die der deutschen Propaganda entgegentreten und die Frankreich vor der Welt so darstellen, wie es sei: arbeitsam und friedlich, gerecht und maßvoll (!). Nach der Feier richtete Poincaré an den Präsidenten Harding folgendes Telegramm: „Mit ewig neuer Begeisterung schließt sich das französische Volk von ganzem Herzen der Feier des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges an. Die französische Not (!), die sich der gemeinsamen schweren Prüfung im Kampf um die Freiheit der Welt (!) erinnert, wird niemals teilnahmslos bei einer solchen Kundgebung bleiben, die jene Erinnerung wieder erweckt. Im Namen Frankreichs richte ich an Sie, Herr Präsident, in der Hoffnung daß die natürlichen Neigungen unserer beiden Länder sich noch fester verknüpfen, den tiefempfundenen Wunsch meines Volkes für das Wohlergehen Amerikas."

Der drohende Metallarbeiterstreik.

Berlin, 5. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die gestrige Versammlung der Arbeitervertreter der dem Verband Berliner Metallindustrieller angeschlossenen Betriebe, beschloß Mittwoch, am Donnerstag eine abermalige Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches vorzunehmen. Der Verband Berliner Metallindustrieller hat den Schiedsspruch gegen eine nicht unerhebliche Minderheit angenommen und außerdem beschlossen, die am letzten Montag bezahlten Vorschüsse in Höhe von 40 000 bzw. 30 000 Mark vorläufig nicht abzuziehen, obgleich die Metallarbeiter den Schiedsspruch noch nicht angenommen haben.

Heutiger Stand des Dollars 165585!

Die Angestelltenversicherung.

Annahme der Novelle im Reichstag.

Berlin, 4. Juli. Der Reichstag erledigte am Mittwoch eine Reihe von sozialpolitischen Vorlagen, die im wesentlichen nur eine Anpassung an die Geldentwertung bedeuten. Das Hafenarbeitsgesetz wurde dahin geändert, daß der Unternehmer pro Kopf und Tag bis zu einer Jahresrente von 50 Millionen Mark halten. Das Gesetz über die Abweichungen vom Biersteuergesetz wurde bis zum 30. September 1924 verlängert. Interessant war eine kommunistische Beschwerde über die angeblich unberechtigte Höhe der Provisionsberechnung der Großbanken bei Dollarsortenanweisungen. Ein Regierungsvertreter teilte dazu mit, daß Erwägungen schweben, die Provision von 2 auf 1½ Prozent herabzusetzen, und daß die Reichsregierung und die Preußische Staatsbank bereits nach diesem Sinne Gebührenordnungen beschlossen. Nach wie vor werden von der Reichsbank Dollarsortenanweisungen gegen Devisen-Konsortialrest abgegeben. Der Reichstag beschäftigte sich dann mit dem

Versicherungsgesetz für Angestellte,

das ebenfalls der Geldentwertung angepaßt werden soll. Staatssekretär Geib wies die Behauptung zurück, als ob die Sozialversicherung Schiffbruch erlitten hätte: sie sei nur durch die Geldentwertung in Schwierigkeiten geraten. Der Ausschuß forderte, die Schaffung einer Pensionsversicherungsanstalt und die Prüfung der Möglichkeit einer zentralen Vermögensverwaltung. Er regte angesichts der fortschreitenden Geldentwertung die Einführung einer Grundzahl oder Meßziffer an. In der Ausspracke erklärten die Angestelltenvertreter, dem Plane, Der Gesetzentwurf wurde im wesentlichen unverändert in der Ausschußfassung gebilligt. Angenommen wurde der Antrag Schott (Dnat.), Frauen bei der Weiterzahlung der Beiträge bis zum 18. Lebensjahre (bisher 15.) auszudehnen. Ein Antrag Düringer (Vp.), ein besonderes Gesetz zum Schutze der Hypothekengläubiger zu erlassen, war vom Rechtsausschuß abgelehnt worden. Er schlug dafür eine Entschließung vor, die einen Gesetzentwurf fordert, der durch ein zweckmäßiges Verfahren Vorsorge trifft, daß bei Eisternotis- und ähnlichen Notlagen die Geldentwertung berücksichtigt wird. Abg. Düringer (Vp.) schilderte die unhaltbare Geldentwertung und ihre

unerträglichen Folgen, besonders für die Hypothekengläubiger.

Er erinnerte daran, daß wir uns nach dem siebenjährigen Kriege schon einmal in einer ähnlichen Lage befunden hätten und man damals mit scharfen Maßnahmen dem Uebel zu Leibe gegangen sei. Auch jetzt dürfe man nicht die Hände in den Schoß legen, sei es etwa nicht Wucher, wenn ein Schuldner, dessen Grundbesitz auf drei Milliarden Mark geschätzt wird, seine Hypothek mit einem goldenen Zehnmarkstück zurückzahlen wolle und noch 175 000 Mark herausverlange. Dieser Fall habe sich kürzlich ereignet. Das Haus war darin einig, daß die bestehenden Härten beseitigt werden müßten. An der Regierung liegt es nun, die entsprechenden Vorschläge zu machen. Am Donnerstag sollen die Verbrauchssteuern behandelt werden. Daran soll sich eine allgemeine innerpolitische Aussprache anschließen.

Preußischer Landtag.

Berlin, 4. Juli. Der Preußische Landtag verabschiedete am Mittwoch bei sehr mäßiger Besetzung des Hauses eine Reihe von Gesetzentwürfen, darunter den über Neuwahlen zu Zahnärztekammern und zu den Apothekerkammern in der Rheinprovinz, den Hohenzollernlanden sowie in Westfalen und Hessen-Nassau. Bei der gemeinsamen Beratung der Entwürfe über den Ausbau von Wasserkräften im oberen Quellgebiet der Weser und von Wasserkräften des Main kam es zu einer kurzen Aussprache, in der insbesondere die Suspendierung des Baues von Stau- und Wasserwerken, obgleich der Bau bereits teilweise in Angriff genommen war, gerügt wurde. Von der Regierung wurden finanzielle Erwägungen als Grund angegeben. Auch diese Entwürfe wurden vom Haus verabschiedet. Ein Antrag der Koalitionsparteien, weitere Mittel zum Ausbau der Wasserkräfte der unteren Weser zur Verfügung zu stellen, wurde der Ausschußberatung überwiesen. Auch die Beratung des Gesetzantrages über die Förderung der Herstellung von Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung zeitigte keine Debatte, ebenso wenig wie der Antrag über die Fortführung des Mittellandkanalgesetzes für die Ueberlandwerke Ostpreußens. Diese Vorlagen wurden gleichfalls nach den Ausschußbeschlüssen angenommen. Die Novelle zum Stempelsteuergesetz wurde in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung zugleich mit einer Entschließung angenommen, die eine grundsätzliche Neuordnung des Stempelrechts dahin fordert, daß die Stempel, soweit sie nicht steuerlichen Charakter tragen, in die Gebühren aufgenommen werden. In vorgerückter Stunde trat das Haus noch in die zweite Beratung des Entwurfes über die Erweiterung der Berufsschulpflicht ein, wonach zum Besuche der Berufsschule Jugendliche unter achtzehn Jahren soweit sie nicht mehr volksschulpflichtig sind, verpflichtet werden können. Von sozialdemokratischer Seite wurde gefordert, daß die Schule nicht fakultativ, sondern obligatorisch sein solle. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Hager hielt dem entgegen, daß die obligatorische Einführung an den schwachen Finanzen scheitere. Der deutschnationale Abg. Mentzel-Stettin hielt das ganze Gesetz für überflüssig, da die Bestimmungen der Gewerbeordnung ausreichend seien. Darauf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Opfer eines Raubmordes. In der schwäbischen Stadt Kaufbeuren wurde der als Goldmünzensammler bekannte Privatier Otto Haggemüller das Opfer eines Raubmordes. Man fand ihn mit zertrümmertem Kopf und einem tiefen Stiche im Halse in seiner Wohnung tot auf. Vermutlich ist der Mord in der Nacht zum Sonnabend geschehen. Als Täter kommen zwei Männer in Frage, deren Spuren nach München führen.

Das Opfer der Spionage.

Von **Allemand Daudet.**

Micaëla Sarabanda mit ihren gelehrten Papageien wurde ausgepfiffen. Die Deutschen besaßen kein Verständnis für wahre Kunst. Wie sollten sie da Kunst und Politik auseinanderhalten? Micaëla war das Opfer ihrer Liebe. Sie wurde ausgepfiffen, weil sie Tartarin liebte, und dieses Glück verziehen ihr die neidischen Deutschen nicht.

Die Künstlerin weinte über den Undank und die Mißgunst des Publikums, nur eines konnte ihr Trost gewähren, die Liebe ihres großen französischen Helden, aber diese Liebe bekam durch den Durchfall und die Entlassung der Dame einen schweren Stoß. Tartarin bewunderte zwar die dressierten Papageien nach wie vor, er teilte natürlich die Dummheit des deutschen Publikums nicht, aber was sollte ihm eine Geliebte ohne Engagement, eine Geliebte, die ganz auf seine Tasche angewiesen war?

Das erträgt kein wahrer Franzose. Tartarin war in seiner Liebe zu jedem Opfer bereit, aber Geldopfer . . . nein . . . Geldopfer beflecken die Reinheit der Liebe.

Der Kapitän Schnäbele hatte Tartarin so oft geholfen, der unsichtige Elsässer wußte auch in dieser Not Rat:

„Mein verehrter Oberstleutnant, Sie machen sich unnütze Sorgen".

Der Held atmete auf. „So? Können Sie etwas für die notleidende Künstlerin tun?"

Der Kapitän geriet in Begeisterung. „Notleidend! Wo Frankreichs siegreiche Banner wehen, da soll die Kunst keine Not leiden."

„Niemals, niemals" fiel Tartarin ein. „Wir sind das Volk des genie latin, und der lateinische Geist kann die Papageien und ihre Königin nicht entbehren."

„Ganz meine Meinung. Aber seien wir praktisch." „In Frankreich ist man immer praktisch. Frl. Sarabanda ist Deutsche?"

Der Held seufzte. Dieser Schandfleck war von der Geliebten nicht abzuwaschen. Mit diesem Fluch war sie geboren. Er machte ein zerknirschtes Gesicht.

„Trösten Sie sich, mein Oberstleutnant. Ihre deutsche Geburt ist in diesem Fall ein Vorteil. Wir brauchen Deutsche, so viel als möglich, und wir finden so wenig trotz der Unsummen, die wir bieten."

„Unsummen!" Bei den Worten leuchtete Tartarins Antlitz auf. „Ich sehe, auf Frankreichs Großmut können sich selbst die Feinde verlassen."

„Frankreich ist großmütig wie immer, aber Frankreich fordert Gegenliebe für seine Liebe."

„Selbstverständlich! Wer sollte Frankreich nicht lieben?"

„Alle edeln Seelen. Aber Frl. Sarabanda muß in unseren Geheimdienst eintreten."

„Weiter verlangen Sie nichts. Sie wird glücklich, überglücklich sein."

„Die Bedingungen sind glänzend. Festes Gehalt. Ersatz aller Unkosten, und in jedem Fall eines wichtigen Dienstes eine besondere Gratifikation."

Tartarin war starr über diese Freigebigkeit. Ersatz aller Unkosten! Was konnte man alles unter Unkosten berechnen?

„Ja" bemerkte der Kapitän. „Wir können uns das erlauben. Zum Schluß geht es ja auf Kosten der Deutschen. Sie selber müssen bezahlen, was wir zu ihrer Ueberwachung ausgeben."

„Ausgezeichnet!" Tartarin rieb sich vergnügt die Hände. Der Elsässer war doch ein tüchtiger Kopf. Erst jetzt begriff er, was Frankreich an diesem verlorenen und wiedergewonnenen Boche besaß.

Die Papageienkönigin hatte im Umgang mit Tartarin einen Begriff von Frankreichs Größe erhalten, sie betrachtete es daher als besondere Auszeichnung, in den französischen Geheimdienst einzutreten. Außerdem mußte sie sich an den Deutschen rächen, die sie so schnöde ausgepfiffen hatten, und da bot die französische Spionage die beste Gelegenheit.

Von Kapitän Schnäbele wurde sie in ihre neue Tätigkeit eingeweiht. „Sie müssen sich zunächst an die Deutschen heranmachen. Sie müssen Bekanntschaften anknüpfen, auf der Bahn, auf der Straße, im Restaurant."

Micaëla lächelte. Dazu brauchte sie keine militärische Instruktion. „Und dann?"

„Dann . . . dann müssen Sie Ihre Opfer zum Reden bringen. Das geschieht am besten, indem Sie auf Frankreich schimpfen . . ."

„Auf Frankreich? Auf Frankreich, das mich so vornehm bezahlt? Niemals!"

„Sie mißverstehen mich. Natürlich schimpfen wir nicht im Ernst auf Frankreich. Wer in der Welt könnte das? Es geschieht nur, um die Deutschen zutraulich zu machen, um sich mit ihnen anzubiedern, bis sie selber ihre Meinung über Frankreich aussprechen, ihre bösen Absichten, ihre Anschläge und verbrecherischen Pläne verraten. Haben Sie mich verstanden?"

„Ausgezeichnet." Micaëla Sarabanda war eine gelehrte Schülerin. Schon nach wenigen Tagen hatte sie die Geheimnisse der französischen Spionage erfaßt und konnte auf eigene Hand die Jagd auf die Deutschen betreiben.

Ihr erstes Auftreten war allerdings wenig glücklich. Sie betrat ein Coupé, und kaum daß sie Platz genommen hatte, erklärte sie den Mitreisenden, daß die Franzosen Schweine seien. Die Insassen nahmen die Erklärung ohne Widerspruch hin, aber ihr Schweigen allein machte sie nicht strafbar. Nur ein Herr stimmte der Beschimpfung Frankreichs mit Begeisterung zu.

„Aha" dachte Micaëla, „Dich werden wir kriegen" und ließ kein gutes Haar an den Franzosen. Der Herr folgte ihrem Beispiel und wollte sie überhaupt nicht als Menschen gelten lassen. Das genügte; auf der nächsten Station legitimierte sie sich als französische Agentin und wollte den Beschimpfer des edeln Frankreichs festnehmen lassen. Doch auch der zog einen Ausweis heraus und stellte sich als geheimer Vertrauensmann des großen Generals Degoutte vor.

„Schade!" seufzte Micaëla. „Schade!" seufzte der Kollege. „Mit dem Kopfgeld war es diesmal nichts."

„Kopfgeld?" Die unschuldvolle Seele der schönen Dame ahnte davon nichts.

„Nun, ja. Wenn ich Sie zur Anzeige gebracht hätte, Sie mit Ihren Schimpfworten, 25 Francs Belohnung wären mir sicher gewesen."

Micaëla rechnete den Betrag in Papiermark um. Es lohnte sich. Von dem Kollegen konnte sie offenbar noch lernen. Er kannte das Metier und trieb es mit Begeisterung. Er war Deutscher, aber er vergötterte Frankreich.

„Die Franzosen haben mich befreit." Daß es aus dem Zuchthaus war, verraß er zu sagen. „Die Franzosen sind meine Retter, die Franzosen bezahlen gut. Die Zukunft gehört Frankreich, es ist eine Lust, für Frankreich zu arbeiten!"

Das sah auch Micaëla ein und verdoppelte ihre Anstrengungen. Bald war sie soweit, daß kein Tag verging, ohne daß sie einen Deutschen zur Anzeige brachte, der entweder die Würde der Besatzungsbehörden, oder ihre Sicherheit gefährdete oder gar ihre Maueranschläge herabriß. Ausweisungen, Geldstrafen, Gefängnis waren die unvermeidliche Sühne dieser Schandtaten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230705013/fragment/page=0002